



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 04. / 05.09.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die Unruhen der letzten Tage in der ukrainischen Hauptstadt haben sich nicht auf den Verhandlungsprozess zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass ausgewirkt, erklärte der ständige Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Die Ereignisse, die an der obersten Rada vorgefallen sind, könnten sich nur auf die Position der Ukraine und auf irgendwelche rechtfertigenden Momente auswirken. Wir haben ein unterzeichnetes Dokument vom 12. Februar 2015, die Garantiestaaten haben es unterzeichnet, wir gehen davon aus, wir brauchen keine Rechtfertigungen“, sagte Puschilin. „Das heißt auf uns wirkt sich das in keiner Weise aus“.

Der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets sagte, dass im Grunde die Ukraine ihre Entscheidungen nicht verteidigen kann und die Abstimmung in der Rada zu Verfassungsänderungen in erster Lesung eine Imitationshandlung war. „Die Tätigkeit erinnert entfernt an das, was in Minsk unterzeichnet wurde. Uns betrifft das nicht, wir sind damit nicht einverstanden“, fügte Puschilin hinzu.

Lug-info.com: Die OSZE hat sich nicht als wirksamer Mechanismus zur Kontrolle über die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen gezeigt, sagte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Die Frage bezüglich der Rückkehr von Waffen eines Kalibers über 100mm ignoriert die Ukraine absolut. Sie geben auf diese Fragen keine Antworten“, sagte er.

„Obwohl die konkreten Punkte angezeigt sind, wo sich diese Waffen befinden. Sie bestätigen sie einfach nicht, imitieren einen Abzug, ziehen diese Artillerie vom Standpunkt in den nächsten Wald“, erklärte Dejnego.

„Leider hat sich in dieser Sache die OSZE nicht als wirksamer Kontrollmechanismus erwiesen. Obwohl vor den Augen ihrer Vertreter Raupenfahrzeugspuren sind. Sie stolpern erfolgreich von ihnen weg und sehen sie erfolgreich nicht“, erklärte der Bevollmächtigte der Republik.

Dabei sagte er aber auch, dass sich in der letzten Zeit die Situation begonnen hat zu ändern. „Die OSZE sieht in der letzten Zeit mehr und mehr, sagt mehr und mehr laut“, sagte Dejnego.

Lug-info.com: Die von der Untergruppe zur Sicherheit ausgearbeiteten Methoden zur Verifikation des Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm können auch für die Kontrolle über die Waffen eines größeren Kalibers verwendet werden, erklärte der Bevollmächtigte der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Zurzeit arbeitet die Untergruppe zur Sicherheit Herangehensweisen zur Organisation der Verifikation des Teil der Waffen unter 100mm aus. Ich denke, dass diese Methoden der Verifikation auch auf die Verletzungen der Vereinbarung des Abzugs von Waffen eines größeren Kalibers über

100mm ausgedehnt werden können“, sagte er.

„In diesem Teil wird dazu zurückgekehrt, dass alle ihre Pünktchen auf das i in der Frage der Kontrolle über die Waffen über 100mm in der der Sicherheitszone setzen müssen, die durch die schon im Februar unterzeichneten Dokument festgelegt wurde“, sagte er.

Lug-info.com: Die im Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vorgesehene Übergabe der Kontrolle über die Grenzen an die Ukraine wirkt sich nicht auf die Sicherheit der LVR aus, wenn die Republik ihre Sicherheitsstrukturen organisiert und die Kandidatur der Leiter der entsprechenden bewaffneten Strukturen mit den Vertretern der Region abgestimmt wird. Diese Auffassung vertrat der Bevollmächtigte der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Ich denke nicht, dass die Wiederherstellung der Kontrolle über die Staatsgrenzen von Seiten der Ukraine, sich irgendwie auf unsere Sicherheit auswirkt. Wir müssen, vor allem, unsere eigenen bewaffneten Strukturen formieren, um unsere Sicherheit zu garantieren. Mit uns muss die Kandidatur der Leiter der bewaffneten Strukturen, die auf diesen Territorien arbeiten und die die Politik der Republik in dieser Frage durchführen müssen, abgestimmt werden“, sagte er.

„Aber Zweifel bleiben immer. Alles hängt davon ab, wie weit die Ukraine sich als wirklich demokratischer Staat zeigen kann“, unterstrich Dejnego.

„Das nächste ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die im Maßnahmenkomplex festgelegt ist und auf die wir ein Recht haben müssen unabhängig von den Wünschen der Ukraine. Die Übergabe der Kontrolle an die Ukraine wird auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, bei kulturellen und anderen Verbindungen mit der RF, nicht behindern, Und in diesem Zusammenhang stört mich diese Normen „geschlossene Grenze“ überhaupt nicht“, fügte er hinzu.

Lug-info.com: Die LVR hofft auf das Erreichen einer Vereinbarung mit Kiew über die Durchführung von örtlichen Wahlen im Donbass in Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen, dies erklärte der Bevollmächtigte Vertreter der Republik bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Wir hoffen trotzdem, dass wir mit der Ukraine eine Übereinkunft treffen können und die Wahlen zur örtlichen Selbstverwaltung streng in der Form und nach den Normen durchführen können, die uns der Maßnahmenkomplex vom 13. Februar vorschreibt“, sagte er.

„Der Dialog läuft, im Rahmen der Minsker Vereinbarungen versuchen wir die Ukraine in den Rahmen einer friedlichen Lösung des Konflikts zurückzubringen. Wir sind dazu bereit, dass die Ukraine eine adäquate Entscheidung bezüglich der Durchführung der Wahlen trifft, gegen die Poroschenko jetzt protestiert“, sagte Dejnego.

„Aber dennoch schaffen sie selbst keine Voraussetzungen, damit die Wahlen nach den Gesetzen der Ukraine stattfinden können“, unterstrich der bevollmächtigte Vertreter der Republik.

„Das Gesetz der Ukraine verbietet zurzeit direkt die Durchführung von Wahlen auf den Territorien. Mehr noch, das Gesetz der Ukraine bestimmte feste Fristen: der Wahlprozess beginnt 50 Tagen vor dem Wahldatum usw. Bis zum 25. Oktober ist recht wenig Zeit, diese Fristen haben sie schon verletzt“, erklärte er. „Selbst wenn die Ukraine heute die Vorbereitung zu den Wahlen nach ukrainischen Gesetzen beginnt, müssen als Minimum diese ukrainischen Gesetze genommen werden, die uns Wahlen erlauben. Und dies wird nicht der 25. Oktober sein“.

„Aber die Ukraine redet weiter darüber, dass wir nicht zulassen sie am 25. Oktober durchzuführen. Und wo sind die Schritte der Ukraine zur Durchführung dieser Wahlen? Es gibt sie nicht“, stellte Dejnego fest.

Lug-info.com: Der Koordinator der Untergruppe zur Sicherheit, deren Treffen heute in Minsk beendet wurde, wird die Ergebnisse der Arbeit auf dem Treffen der Kontaktgruppe am 8. September vorstellen, erklärte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen

Wladislaw Dejnego.

„Die Arbeitsgruppe ist beendet. Wir erwarten Informationen vom Koordinator, die auf dem Treffen der Kontaktgruppe am 8. September bekannt geben werden“, sagte er.

Dejnego sagte, dass die nächste Sitzung der Untergruppe zu Sicherheitsfragen vor dem Treffen der Kontaktgruppe am 8. September erfolgt.

Lug-info.com: Die Teilnehmer der Untergruppe zur Sicherheit haben heute in Minsk vorläufig einen Text eines Dokuments über den Abzug von Waffen eines Kalibers von weniger als 100mm vereinbart, er wird auf dem Treffen der Kontaktgruppe am 8. September erörtert werden. Dies erklärte eine Quelle in der Nähe der Verhandlungen.

„Ein Text wurde vorläufig vereinbart, die Wünsche aller Seiten sind berücksichtigt. Der Koordinator wird den Text am 8. September vorstellen“, erzählte er.

Nach den Worten des Gesprächspartners ist die Grundlage der Vereinbarung ein Entwurf, an dem die Arbeit „während des vorhergehenden Treffens der Teilnehmer der Unterarbeitsgruppe durchgeführt wurde“.

Die Quelle schloss nicht aus, dass eine abschließende Variante des Dokuments am 8. September vereinbart werden kann.

Lug-info.com: Das heute von lug-info.com veröffentlichten Material, in dem davon gesprochen wird, dass die vom Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vorgesehene Übergabe der Kontrolle über die Grenzen an die Ukraine keinen Einfluss auf die Sicherheit der LVR hat, hat eine äußerst mehrdeutige Reaktion der Öffentlichkeit und der Massenmedien hervorgerufen. (s.o. - Anm. d. Übers.).

In Zusammenhang damit hält es die Redaktion für notwendig zu erläutern, dass die vom Maßnahmekomplex vorgesehene Übergabe der Kontrolle über die Grenzen an Kiew nur nach der Erfüllung aller Punkte der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite möglich ist.

Dies ist absolut fest und eindeutig im Maßnahmekomplex festgehalten.

In ihm gibt es tatsächlich Punkt 9, in dem von der Übergabe der Kontrolle über die Grenzen an die ukrainische Regierung gesprochen wird. Aber, gemäß dem Dokument, kann eine solche Übergabe nur nach der Erfüllung aller vorhergehenden Bedingungen durch Kiew stattfinden, welche sind: Durchführung von Verfassungsreformen, gesetzgeberische Absicherung des besonderen Status des Donbass auf ständiger Grundlage, Durchführung von örtlichen Wahlen in Übereinstimmung mit einem Gesetz, das mit den Vertretern der LVR und der DVR abgestimmt ist.

„Auf diese Weise, in Übereinstimmung mit dem Maßnahmekomplex, wenn die Ukraine ein wirklich demokratischer Staat wird, der auf vertraglicher Grundlage die Zusammenarbeit mit den Republiken entwickeln wird, die in ihr bleiben, aber einen großen Grad an Selbständigkeit haben, wenn das Recht auf eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung auf verfassungsrechtlicher Grundlage realisiert wird, wie dies der Maßnahmekomplex vorschreibt - unter diesen Bedingungen ist die Kontrolle der Ukraine über die Grenzen eine Realisierung des Maßnahmekomplexes und stellt dann in keiner Weise ein Problem für die Volksrepubliken dar“, unterstrich in einem Kommentar der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Das heißt die Übergabe der Kontrolle über die Grenzen an Kiew ist nur möglich unter den oben genannten Umständen und unter den Bedingungen einer „Unterstützung von Seiten der zentralen Staatsorgane der Zusammenarbeit der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste mit den Regionen der RF“ mit dem Ziel „der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste“, erklärte er, indem er den Text des Maßnahmekomplexes zitierte.

„Die Übergabe der Grenze ist der letzte Schritt des Maßnahmekomplexes, der nur möglich ist bei Erfüllung aller Bedingungen der Minsker Vereinbarungen durch Kiew“, erklärte Dejnego.

Wir erinnern daran, dass Punkt 9 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen besagt, dass „die Wiederherstellung des vollen Kontrolle über die Staatsgrenzen von Seiten der Regierung der Ukraine in der gesamten Konfliktzone“ „am ersten Tag nach der

Durchführung örtlicher Wahlen beginnt und nach einer allseitigen politischen Regelung (örtliche Wahlen in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste auf Grundlage des Gesetzes der Ukraine und einer Verfassungsreform) bis Ende 2015 unter der Bedingungen der Erfüllung des Punktes 11 abgeschlossen wird – durch Konsultationen und Abstimmung mit den Vertretern der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste im Rahmen der dreiseitigen Kontaktgruppe“.

Auf diese Weise ist die Übergabe der Kontrolle über die Grenzen an Kiew nur möglich nach der Durchführung einer Verfassungsreform in der Ukraine „mit dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung bis Ende 2015, die als Schlüsselement eine Dezentralisierung (unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste, abgestimmt mit den Vertretern dieser Gebiete) beinhaltet sowie die Annahme einer ständigen Gesetzgebung über einen besonderen Status der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste in Übereinstimmung mit den Maßnahmen, die im Anhang zu dem Maßnahmekomplex angegeben sind.

Diese Maßnahmen beinhalten:

„- Straf- und Verfolgungsfreiheit sowie keinerlei Diskriminierung von Personen, die mit den Ereignissen in Verbindung zu bringen sind, welche in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk stattgefunden haben;

- ein Recht auf lokale Selbstbestimmung hinsichtlich der Sprache;

- ein Beteiligung von Organen der lokalen Selbstverwaltung bei der Bestimmung der Leitung der Staatsanwaltschaften und der Gerichte in den einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk;

- die Möglichkeit für Organe der zentralen Exekutive, mit den entsprechenden Organen der lokalen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk Vereinbarungen hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk zu schließen;

- der Staat leistet der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk Unterstützung;

- zentrale [staatliche] Machtorgane leisten Unterstützung bei grenzüberschreitenden Kooperationen der einzelnen Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk mit Regionen der Russischen Föderation;

-die Schaffung von Einheiten der Volksmiliz auf Entscheidungen örtlicher Räte mit dem Ziel einer Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk;

- die Befugnisse von Abgeordneten der örtlichen Räte und Amtspersonen, die in vorgezogenen Wahlen bestimmt werden, welche von der Obersten Rada durch dieses Gesetz bestimmt worden sind, können nicht vorzeitig außer Kraft gesetzt werden.“

Die Redaktion von LuganskInformZentr erklärt, dass von keinerlei „Zugeständnissen“ an Kiew in der Frage der Kontrolle über die Grenzen n dem zuvor auf unserer Seite veröffentlichten Material die Rede war und nicht sein konnte.

Dnr-online.ru: Kommentar des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko bezüglich des Jahrestags der Minsker Vereinbarungen:

Vor einem Jahr haben wir zugestimmt uns mit Kiew an den Verhandlungstisch zu setzen. Ich will sagen, dass dies keine einfache Entscheidung war. Zum ersten war an der Front ein Umbruch. Ich erinnere daran, dass unsere Truppen damals Saur-Mogila unter vollständige Kontrolle nahmen. Und damals begann für die ukrainischen Truppen der Alptraum unter dem Namen „Ilowajsker Kessel“. Meiner Meinung nach hat der Generalstab der Ukraine bis heute nicht verstanden, wie das geschah. Unser Gegner erlitt nicht nur schreckliche Verluste, sondern wurde auch vollständig demoralisiert. Die ukrainischen Soldaten ergaben sich in ganzen Zügen und Kompanien in Gefangenschaft, es war einfach traurig sie anzusehen.

Ich sage ehrlich, in dieser Situation hätten wir nicht nur bis zu den Grenzen des ehemaligen Donezker Oblast vordringen können – wir hätten auch bis nach Dnjepropetrowsk und Charkow kommen können. Aber dennoch haben wir den Vorschlag angenommen zu Verhandlungen überzugehen.

Wir haben verstanden, dass es das Wichtigste ist, das Leben von Menschen zu bewahren, denn jeder Tag mit Kämpfen bedeutet weitere Opfer unter unseren Bürgern. Wir entschieden, Barmherzigkeit gegenüber den einfachen ukrainischen Jungs zu zeigen, die die eigene Regierung betrogen hatte – sie in den Kampf, in den wahrscheinlichen Tod geschickt hat. Und in dieser Situation, meine ich, war diese Entscheidung die einzig richtige, obwohl sie uns, ich wiederhole es, nicht leicht fiel.

Es verging ein Jahr, aber unsere Position ist unverändert – wir sind auch heute bereit, beliebige Vorschläge zur friedlichen Regelung des Konflikts zu erörtern und fordern den Krieg zu beenden. Ich will unterstreichen – es gibt keine Alternative zur politischen Lösung des Konflikts. Und es gibt keine Alternative zu einer Minsker Vereinbarung. Alle anderen Varianten verschlimmern die Situation nur, führen zur Verlängerung des sinnlosen Kampfes, zu Zerstörungen, wirtschaftlichem Zusammenbruch. Es ist die vernünftigste Position, alle Punkte der Minsker Vereinbarung zu unterstützen und weiterhin die Ukraine zu zwingen, alle Punkte der Minsker Vereinbarungen zu erfüllen.

Leider hat Kiew seine eigene Sicht auf den Verhandlungsprozess. Es entsteht der Eindruck, dass die Hauptaufgabe der Kiewer Verhandler ist, den Verhandlungsprozess zu behindern, ihn zum Scheitern zu bringen, die Fortsetzung des Krieges zu erreichen.

Aber ich will anmerken, dass eine solche Position der Ukraine schon allen lästig ist. Sowohl den beiden Republiken als auch Russland als auch den europäischen Teilnehmern der Verhandlungen. Ich hoffe sehr, dass Berlin und Paris schließlich den politischen Willen zeigen und nicht mit Worten, sondern tatsächlich als Garanten der Minsker Vereinbarungen auftreten. Alles, was wir fordern, ist, dass sie Kiew zwingen mit der Erfüllung aller Punkte der Vereinbarung zu beginnen. Wenn von den Perspektiven des Verhandlungsprozesses die Rede ist, so kann ich das folgende sagen: die nächste Etappe der Verhandlungen ist für den 8. September geplant, und aufgrund seiner Ergebnisse werden wir Schlüsse ziehen, wie der weitere Dialog mit Kiew erfolgen kann“, erklärte Alexandr Sachartschenko.

Lug-info.com: Erklärungen des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Regierung der LVR ist zu jeder Entwicklung der Ereignisse im Donbass bereit, legt aber alle Anstrengungen in die Erhaltung und Erfüllung der Minsker Vereinbarungen.

„Alle nüchtern denken Menschen sehen, was geschieht. Solange wir den Waffenstillstand bewahren können und solange es die Anführung der Staaten gibt, die als Garanten der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen auftreten, werden wir an ihrer Erfüllung arbeiten“, erklärte er.

Gleichzeitig meint Plotnizkij, dass wenn die Ukraine weiterhin die Praxis der Nichterfüllung der Minsker Vereinbarungen fortsetzt, „dieses Format zerstört werden kann und die nächste Runde des Konflikts erfolgt“.

„Aber wir sind zu jeder Entwicklung der Ereignisse bereit, und im Fall, wenn die Ukraine versucht diese Frage in der für sie üblichen Weise zu lösen, sind wir zu einer solchen Entwicklung bereit“ unterstrich das Oberhaupt der LVR.

Die Ukraine geht nicht zum Angriff auf die Positionen der LVR über, weil sie ihre Armee fürchtet.

„Die Ukraine hat an der Kontaktlinie militärische Gruppierungen in einer Zahl von 90.000 Personen zusammengezogen, aber sie geht nicht zum Angriff über. Dies bedeutet, dass sie uns fürchten. Und sie machen es richtig, dass sie fürchten einen Angriff zu beginnen“, unterstrich er.

Die vor einem Jahr unterschriebenen Minsker Vereinbarungen und der auf sie folgende relative Waffenstillstand erlaube es, die Industrie und die soziale Sphäre der LVR wieder aufzubauen.

„In diesem Jahr haben wir begonnen die Industrie wiederaufzubauen, gaben den Kindern die Möglichkeit in die Schule zu gehen und den Eltern zu Arbeit. Wir konnten das wiederaufbauen, von dem wir vor einem Jahr noch nicht wussten, wie wir es wiederaufbauen werden“, erzählte er.

Er erinnerte an die Ereignisse im September des letzten Jahres, als „in der LVR die Unternehmen, die Geschäfte nicht arbeiteten, und das Leben sehr schwer war“.

„Wir hatten eine Front, aber wir haben kein sicheres Hinterland. Deshalb war eine Pause notwendig. Bis zum Beginn der neuen Runde der Konfrontation, im Winter 2015, haben wir alle wiederaufgebaut, was wir in diesem Moment konnten. Wir haben Schulen geöffnet, wir hatten Strom, Gas, Wasser, die Geschäfte fingen an zu arbeiten, die Apotheken, Kindergärten, es begann

die Industrie wiederbelebt zu werden.“